

Weiterer Schlag gegen die Stadt Hanau?

Stadtverordnete beschließen Resolution für Schulamt

Hanau (mum). Ist das Staatliche Schulamt in Hanau bald Geschichte? Mit einem Dringlichkeitsantrag haben am Montag die sozialdemokratischen Stadtverordneten das schon länger köchelnde Thema um die Verlegung des Amtes auf die Tagesordnung gehievt.

Fraktionsübergreifend war die Empörung über die wahrscheinlich bevorstehende Zusammenlegung zahlreicher Schulamtsbezirke in der Stadtverordnetenversammlung groß. Laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau plant die Hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP), die in ihrem Ressort knackige 68 Millionen Euro einsparen soll, ihre Schulamtsstandorte von 15 auf sechs einzudampfen – Hanau soll dabei Fulda zugeschlagen werden. „Einen Skandal“ nannte es die SPD-Chefin Cornelia Gasche in ihrer Rede und das nicht nur, weil dann wahrscheinlich statt wie bisher 150 schätzungsweise die doppelte Anzahl von Schulen von der XXL-Behörde betreut würden. Nein, auch die geographische Zuordnung sei inakzeptabel – immerhin liege Fulda 90 Kilometer von Hanau entfernt.

„Die Kommunikation findet zukünftig auf der A66 statt“, so Gasche, „man schafft mit einem solchen Schritt keine Zusammenführungen, sondern Distanz. Die regionalen Serviceleistungen und damit die Qualität der Bildungsarbeit vor Ort werden leiden.“ Außerdem habe Henzler es bisher nicht für nötig gehalten, sich gegenüber dem Schulträger zu äußern, obwohl sowohl die Stadt Hanau als auch der Main-Kinzig-Kreis mehrfach nachgefragt hätten.

Die BfH-Abgeordnete und Leiterin der Hanauer Gebeschusschule, Anne-Dorothea Stübing, brachte als echte Fachfrau noch zwei weitere Aspekte ins Spiel: Es stünden zum einen enorme inhaltliche Veränderungen durch das neue hessische Schulgesetz bevor. Dazu gehöre die Inklusion ebenso wie eine vermehrte Budgethoheit der Schulen („Dafür ist eine Serviceleistung vor Ort unerlässlich.“).

Außerdem halte sie aber auch eine Zusam-

menlegung ausgerechnet der beiden Standorte Hanau und Fulda für strukturell wenig gelungen: „Die Welt rund um Fulda unterscheidet sich drastisch von den Verhältnissen hier im Rhein-Main-Gebiet.“ Allein beim Thema Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund dürfte nach ihrer Einschätzung den Fuldaern die Erfahrung fehlen, die die Hanauer ob der hiesigen Bevölkerungsstruktur hätten.

Den Verband Bildung und Erziehung zitierend, der wie viele andere Interessenvertretungen die drohenden Sparmaßnahmen aus der Henzler-Behörde heftig kritisiert, nannte Stübing die Pläne einen „Kahlschlag in der Bildungsverwaltung“. Deutlich zahmer ob seiner Zugehörigkeit zur gleichen Partei wie Dorothea Henzler reagierte zwar Hanau-Schuldezernent Dr. Ralf-Rainer Piesold, verurteilte aber dennoch die „realitätsfremden“ Pläne sowie die mangelnde Kommunikation von seiten der Wiesbadener Parteufreundin. Zudem befürchtet er weitere Belastungen für die Schulträger, die ja weiterhin vor Ort arbeiten: „Wenn Schulämter nicht effizient zusammengelegt werden, gehen viele Aufgaben einfach an den Schulträger über.“

Unverständnis für einen möglichen Abzug des Staatlichen Schulamtes, das seit der Verabschiedung des langjährigen Direktors Eberhard Luft im vergangenen Herbst lediglich kommissarisch geleitet wird, äußerte auch Linken-Chef Jochen Dohn. Er erinnerte an die Zusammenlegung der Arbeitsgerichte und attestierte der Landesregierung, „keinen Bezug zu den Problemen vor Ort“ zu haben. Die Schließung des Schulamtes sei „ein weiterer Schlag gegen die Stadt Hanau.“

Die Resolution, in der der Magistrat aufgefordert wird, gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Berufsverbänden den Plänen der Kultusministerin entgegen zu treten, beschlossen die Stadtverordneten einstimmig. Wie es nun konkret weitergeht, weiß allerdings keiner so genau – die offizielle Post aus Wiesbaden lässt ja noch auf sich warten.